

Auftragsbedingungen der Stadt Warstein

Stand: 01/2026

Als Bestandteil des Vertrages und damit für die Ausführung der Lieferungen / Leistungen / Bauleistungen gelten nacheinander, soweit nicht schriftlich etwas anderes vereinbart wurde:

1. Allgemein:

- a. das Auftragschreiben mit sämtlichen Anlagen (z.B. Leistungsbeschreibung, Zeichnungen, Skizzen, Angaben, besondere und zusätzliche Vertragsbedingungen sowie Hinweise im Vergabeportal)
- b. die DIN-Vorschriften, technischen und Fachvorschriften für die jeweilige Leistung in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung.
- c. Die Vergabesatzung der Stadt Warstein beschlossen am 18.12.2025 im Unterschwellenbereich.

2. Bei Lieferungen oder Leistungen, die nicht Bauleistungen sind:

- a. die Zusätzlichen und besonderen Vertragsbedingungen der Stadt Warstein für die Ausführung von Leistungen (UVgO-Bereich),
- b. die die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen der Verdingungsordnung für Leistungen – VOL Teil B

3. Bei Bauleistungen:

- a. die besonderen Vertragsbedingungen der Stadt Warstein für die Vergabe von Bauleistungen (VOB-Bereich),
- b. die Zusätzlichen Vertragsbedingungen der Stadt Warstein für die Vergabe von Bauleistungen (VOB-Bereich),
- c. die Allgemeinen Technischen Vorschriften der VOB, Teil C,
- d. die Bedingungen der Stadt Warstein bei der Vergabe von Stundenlohnarbeiten (siehe Ziffer 13),
- e. die in den Angebotsvordruck aufgenommenen zusätzlichen technischen Vorschriften.
- f. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen der Verdingungsordnung für Bauleistungen - VOB -, Teil B,

4. Vergaben im Oberschwellenbereich

- a. Für Vergabeverfahren, deren geschätzter Auftragswert die jeweils geltenden europäischen Schwellenwerte überschreitet, gelten ergänzend die einschlägigen vergaberechtlichen Bestimmungen des vierten Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie die darauf basierenden Rechtsverordnungen. Für Liefer- und Dienstleistungen finden insbesondere die Vorschriften der Vergabeverordnung (VgV) Anwendung. Bei Bauaufträgen gelten zusätzlich die Bestimmungen des Abschnitts 2 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A EU). Bei Vergaben von öffentlichen Aufträgen im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieversorgung die Sektorenverordnung – SektVO. Diese Regelungen sind verbindlicher Bestandteil des Vertragsverhältnisses und gehen im Kollisionsfall abweichenden Bestimmungen vor, sofern nicht ausdrücklich und schriftlich etwas anderes vereinbart wurde.

5. Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.

6. Angebot / Zuschlag

- a. Durch die Abgabe des Angebotes wird für die Parteien unwiderleglich vermutet, dass der Bieter sich von der Lage und Beschaffenheit der Stelle, an der die Leistung oder Bauleistung erbracht werden soll, eingehend Kenntnis verschafft hat.
- b. Der Auftrag wird durch die Stadt schriftlich, per Mail oder über das Vergabeportal erteilt. Mündliche Abreden oder Aufträge werden erst durch eine schriftliche Bestätigung verbindlich. Der Bieter bleibt bis zur Auftragserteilung, der in der Regel nicht später als einen Monat nach Angebotseröffnung erfolgen soll, an sein Angebot gebunden (siehe Vergabeunterlagen Bindefrist).
- c. Die Stadt Warstein behält sich vor Angebotsteile zu streichen. Die Abnahme von Mehr- oder Mindermengen im üblichen Rahmen bleibt vorbehalten und hat keinerlei Auswirkungen auf den Angebotspreis.

7. Preise

- a. Die angebotenen Preise sind - wenn nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist - feste Preise, durch die sämtliche Leistungen des Auftragnehmers einschließlich Fracht, Verpackung, Aufladen, Beförderung bis zur Anlieferungs- oder Annahmestelle und Abladen, etwaige Patent- und Lizenzvergütungen sowie die Erstellung von Schaltbildern, Betriebs-, Bedienungs-, Gebrauchsanweisungen, Funktionsbeschreibungen usw. in deutscher Sprache und sonstige Kosten und Lasten abgegolten sind.
- b. Der Einheitspreis ist der vertragliche Preis, auch wenn im Angebot der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengeneinsatz und Einheitspreis entspricht.
- c. Für das Vertragsverhältnis gilt die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen in der jeweils gültigen Fassung. Der Auftraggeber ist nach § 9 Nr. 1 der Verordnung PR Nr. 30/53 berechtigt, vom Auftragnehmer vor Auftragsvergabe den Nachweis der Preisbildung durch Einsichtnahme in die Kalkulationsgrundlage zu verlangen.

8. Gütezusicherung, technische, sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Anforderungen

- a. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur Gegenstände zu liefern, die im Zeitpunkt der Lieferung den in der Bundesrepublik Deutschland durch die gesetzlichen Unfallversicherungsträger in Kraft gesetzten Unfallverhütungsvorschriften (autonome Rechtsnormen) sowie den allgemein anerkannten technischen, sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entsprechen.
- b. Die Eigenschaften der bei der Auftragserteilung zu Grunde gelegten Proben und Muster sind für die Güte der zu liefernden Ware maßgebend und gelten als zugesichert, wobei diese den in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Eigenschaften entsprechen müssen.

9. Lieferung/Leistung

- a. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur Gegenstände zu liefern, die im Zeitpunkt der Lieferung den in der Bundesrepublik Deutschland durch die gesetzlichen Unfallversicherungsträger in Kraft gesetzten Unfallverhütungsvorschriften (autonome Rechtsnormen), den sonstigen Arbeitsvorschriften sowie den allgemein anerkannten technischen, sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln sowie den technischen Spezifikationen gemäß den Vergabeunterlagen.
- b. Der Auftragnehmer bleibt für die Leistung auch dann verantwortlich, wenn der Auftraggeber die für die Ausführung der Leistung erforderlichen Pläne, Zeichnungen und Berechnungen des Auftragnehmers geprüft und nach diesen bestellt hat.
- c. Der Erfüllungsort und Leistungsort liegt beim Auftraggeber, wenn im Auftragschreiben nichts anderes angegeben ist.
- d. Die vereinbarte Liefer- und Ausführungsfrist ist verbindlich. Schwierigkeiten, die der fristgerechten Fertigstellung der Leistung oder der Einhaltung der Lieferfrist entgegenstehen, hat der Auftragnehmer unter Angabe der Gründe und der zur Behebung der Schwierigkeiten getroffenen Maßnahmen ohne Ausnahme unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber nicht Empfänger der Leistung ist.
- e. Der Auftraggeber ist berechtigt, sich von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung zu unterrichten. Dazu sind ihm auf Wunsch die Ausführungsunterlagen zur Einsicht vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber mitzuteilen, wen er als Vertreter für die Leitung der Ausführung bestellt hat.
- f. Der Auftragnehmer hat auf seine Kosten alle zur Verhütung von Personen- und Sachschäden notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Dies gilt insbesondere für Vorsichtsregeln, die nach den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften und anderer Arbeitsschutzvorschriften bzw. umweltrechtlicher Vorschriften zur Sicherung seiner Arbeitnehmer bzw. zur Vermeidung von Umweltschäden erforderlich sind.
- g. Der Auftragnehmer hat bei Leistungen in Räumen oder auf Grundstücken des Auftraggebers seine Arbeitnehmer anzuhalten, Anweisungen der zuständigen Beschäftigten des Auftraggebers zu befolgen. Zuwiderhandelnde können sofort von der Arbeitsstelle verwiesen werden. Bei wiederholten Verstößen kann der Auftraggeber ohne Fristsetzung oder Abmahnung vom Vertrag zurücktreten oder den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen.
- h. Für Sachschäden haftet der Auftraggeber lediglich bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten seiner handelnden Organe (§§ 89, 31 BGB) oder Erfüllungsgehilfen (§ 278 BGB). Eine Haftung ohne Verschulden und eine Haftung für einfache Fahrlässigkeit ist bei

Sachschäden ausdrücklich ausgeschlossen; das gilt auch für einfache Fahrlässigkeit bei der Auswahl, Anleitung oder Überwachung von Verrichtungsgehilfen und bei der Beschaffung von Vorrichtungen oder Gerätschaften (§ 831 BGB). Soweit keine Haftung des Auftraggebers besteht, haften auch seine Organe oder Erfüllungsgehilfen nicht. Dasselbe gilt für seine Verrichtungsgehilfen, es sei denn, ihnen fällt Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last.

Ansprüche nach den Grundsätzen der Amtshaftung (Art. 34 GG, § 839 BGB) bleiben ebenso unberührt wie die Haftung für Personenschäden (Schäden an Leben, Körper und Gesundheit).

- i. Der Auftragnehmer hat für die ordnungsgemäße Bewachung und Verwahrung der ihm und seinen Arbeitnehmern gehörenden Arbeitsgeräte, Arbeitskleidung usw. sowie der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Gegenstände Sorge zu tragen. Dies gilt auch dann, wenn sich diese Gegenstände in den Räumen oder auf dem Grundstück des Auftraggebers befinden.
- j. Hat der Auftraggeber auf Grund gesetzlicher Vorschriften Arbeitnehmern des Auftragnehmers Ersatz zu leisten wegen Personen- oder Sachschäden, die bei oder gelegentlich der Ausführung des Auftrages entstanden sind, so steht ihm Rückgriff gegen den Auftragnehmer zu, wenn die Schäden durch Verschulden des Auftragnehmers oder seiner Arbeitnehmer herbeigeführt worden sind.
- k. Alle schriftlichen Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z.B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.

10. Rechnung

- l. Die Rechnung ist in einfacher Ausfertigung unter Beachtung der umsatzsteuerlichen Regelungen auf die auftragserteilende(n) Dienststelle(n) auszustellen. Die Daten des Auftraggebers (Sachgebiet, Aktenzeichen o. ä.) sind aufzuführen. Jeder Rechnung ist ein Lieferschein der jeweiligen Bedarfsstelle beizufügen.
- m. Bei Teilrechnungen aufgrund von Teillieferungen müssen gelieferte und restliche Mengen klar ersichtlich sein. Die letzte Teilrechnung ist als solche und als Schlussrechnung zu kennzeichnen.
- n. Ein Anspruch auf Bezahlung der Rechnung besteht nur, wenn ihr prüfungsfähige Unterlagen über die Lieferung/Leistung beigelegt sind; dies geschieht in der Regel durch anerkannte Stundenverrechnungsnachweise, quittierte Lieferscheine oder Leistungsnachweise.

11. Bezahlung/Abtretung

- a. Zahlungen erfolgen ausschließlich bargeldlos. Die Bezahlung wird nach Wahl des Auftraggebers innerhalb von 3 Wochen unter Abzug des vereinbarten Skontos oder innerhalb von 30 Tagen ohne Abzug geleistet. Die Zahlungsfrist beginnt mit Eingang der prüfungsfähigen Rechnung bei der auftragserteilenden Dienststelle, frühestens jedoch mit dem Zeitpunkt des Gefahrübergangs.
- b. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, eine nach Prüfung der Schlussrechnung festgestellte Überzahlung unverzüglich der Stadt zu erstatten. Das gilt auch bei nachträglichen Feststellungen durch das Rechnungsprüfungsamt oder einer anderen Prüfungsinstanz.
- c. Die Forderung des Auftragnehmers kann nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers abgetreten werden.

12. Lösung des Vertrages

- a. Außer in den in Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) genannten Fällen kann der Auftraggeber auch dann vom Vertrag zurücktreten oder den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu der Verwaltung des Auftraggebers Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den genannten Personen des Auftraggebers unmittelbar oder in ihrem Interesse ihren Angehörigen oder anderen ihnen nahestehenden Personen oder im Interesse des einen oder anderen einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.
- b. Anstelle eines Rücktritts vom Vertrage kann die Stadt Warstein eine Vertragsstrafe bis zur Höhe von 10 % der Auftragssumme verlangen.
- c. Vor der Ausübung des Rechtes nach Nr. 11a u. 11b ist dem Auftragnehmer Gelegenheit zu geben, unverzüglich zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen.

13. Stundenlohnarbeiten

- a. Bei Arbeiten nach Stundenverrechnungssätzen, deren Überwachung durch den Auftraggeber vertraglich vorgesehen ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, sich von der vertraglich vereinbarten Stelle die Stundennachweise schriftlich bestätigen zu lassen.
- b. Die anerkannten Stundennachweise sind mit der Rechnung einzureichen. Auf Verlangen sind die Erstschriften zur Einsichtnahme vorzulegen.
- c. Die Stundennachweise müssen alle Angaben enthalten, die zur Prüfung der Rechnung erforderlich sind. Sind Arbeiten nach Stundenverrechnungssätzen mit anderen Leistungen verbunden, so sind keine getrennten Rechnungen auszustellen; die Stundenverrechnungssätze sind dann in der Rechnung am Schluss nachzuweisen.
- d. Die Listen sind arbeitstäglich zu führen und müssen enthalten:

das Datum, die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes, die genaue Beschreibung der ausgeführten Leistung, die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Qualifikation, die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und die Gerätekenngößen.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden. Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

14. Sonstiges

- a. Alle mit dem Vertrag in Zusammenhang stehenden rechtserheblichen Erklärungen sind schriftlich anzugeben.
- b. Sollte eine Bestimmung dieser Auftragsbedingungen oder der unter Ziff. 1 bis 3 aufgeführten Regelungen ganz oder teilweise unwirksam sein, gelten die übrigen Bestimmungen weiter.
- c. Erfüllungsort ist Warstein; wenn Ansprüche im Wege des Mahnverfahrens (§§ 688 ff. ZPO) geltend gemacht werden, ist Gerichtsstand Warstein soweit gesetzlich zulässig.
- d. Soweit in diesen Vertragsbedingungen auf gesetzliche Vorschriften Bezug genommen wird, gelten diese in der jeweils zum Zeitpunkt der Leistungserbringung geltenden Fassung. Sofern sich die Nummerierung einzelner Vorschriften ändert, tritt die inhaltlich entsprechende Nachfolgeregelung an die Stelle der genannten Vorschrift.